



Factsheet

## Nein zur linken Ferieninitiative

### **Die Vorlage in Kürze: Höheren Ferienanspruch in die Verfassung schreiben**

Die Volksinitiative „6 Wochen Ferien für alle“ der Gewerkschaft Travail.Suisse will das Recht auf sechs Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmenden in der Bundesverfassung festschreiben. Wird die Initiative am 11. März 2012 angenommen, müsste der gesetzliche Ferienanspruch im ersten Jahr von heute vier auf fünf Wochen angehoben werden. In den kommenden fünf Jahren dann um je einen Tag pro Jahr. Heute gilt in der Schweiz gemäss Obligationenrecht ein Ferienanspruch von mindestens vier Wochen pro Jahr. Arbeitnehmende unter 20 Jahren haben Anspruch auf fünf Wochen. Und viele Angestellte profitieren dank Gesamtarbeitsverträgen oder Firmenregelungen bereits heute von wesentlich grosszügigeren Ferienregelungen. Diese sozialpartnerschaftlichen und flexiblen Lösungen haben sich bewährt. Das Bundesamt für Statistik weist die durchschnittlichen Ferien der 20- bis 49-Jährigen im Jahr 2010 mit 4,8 Wochen und die der über 50-Jährigen gar mit 5,4 Wochen aus.

Die Initiative wurde im Parlament wuchtig verworfen: im Nationalrat mit 122 zu 60 Stimmen, im Ständerat mit 32 zu 10 Stimmen. Jetzt kämpfen eine breite Allianz aller Wirtschaftsverbände (unter anderem der Arbeitgeberverband, economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband) und alle bürgerlichen Parteien (SVP, FDP, CVP, BDP, GLP) gegen die Initiative. Denn die linke Ferieninitiative...

### **...schadet den KMU**

Unsere KMU leiden bereits unter dem starken Franken und im internationalen Vergleich hohen Arbeitskosten. Bei einer Annahme der Initiative kommen massive Mehrkosten von über 6 Milliarden Franken pro Jahr auf sie zu. Das käme zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Denn der Spielraum in den Unternehmen ist heute klein und die weltweite wirtschaftliche Abkühlung wird die gesamte Schweizer Wirtschaft in den nächsten Jahren enorm fordern. Zu den hohen Kosten kommen auch organisatorische Schwierigkeiten dazu (noch mehr Absenzen zu den Hauptferienzeiten, komplizierte Stellvertreterregelungen). Das stellte gerade die kleinsten Firmen in unserem Land vor grosse Probleme.

### **...gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand**

Steigen die Arbeitskosten in der Schweiz weiter an, schadet das der Konkurrenzfähigkeit unserer KMU. Das führt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen ins günstigere Ausland und macht die Schweiz als Standort für internationale Firmen unattraktiver. Damit entwickelt sich die Initiative zum Bumerang für Arbeitnehmer und gefährdet den hohen Lebensstandard in der Schweiz.

### **...schadet den Arbeitnehmern**

Die Initiative der Gewerkschaften verspricht mehr Erholung. Doch in Tat und Wahrheit ist die Ferieninitiative eine Ferienfalle für Arbeitnehmende. Denn die Initiative gefährdet bewährte flexible Arbeitsmodelle (Teilzeitstellen, Jobsharing-Modelle oder die Möglichkeit zu Haus zu arbeiten) und verunmöglicht Lösungen, die optimal auf einzelne Branchen und Firmen zugeschnitten sind. Hinzu kommt: Werden die KMU jährlich mit bis zu einem halben Monatslohn pro Beschäftigtem mehr belastet, bleibt für Lohnerhöhungen nichts übrig. Die Verlierer sind die Angestellten. Denn sie werden auch unter den längeren Stellvertretungszeiten leiden. Die Folge ist mehr und nicht weniger Stress.

**Ab Mitte Dezember sind weitere Informationen unter [www.ferieninitiative-nein.ch](http://www.ferieninitiative-nein.ch) verfügbar.**